

## Ehrenamtler retten die Pflege nicht

VON ANTJE HÖNING

Die Statistik ist alarmierend: Binnen weniger Jahre hat sich die Zahl der Pflegebedürftigen verdoppelt. Das hat damit zu tun, dass die Definition erweitert wurde und auch Menschen mit Demenz Anspruch auf Leistungen haben. Das hat aber auch mit der Alterung und Schrumpfung der Gesellschaft zu tun – und hier stehen wir erst am Anfang einer Welle. Experten beschreiben sie seit Jahren, aber die Politik verschließt seit Jahren die Augen davor. Doch nun gehen die Babyboomer in Rente, und absehbar werden viele von ihnen pflegebedürftig werden. Was für den Einzelnen und seine Angehörigen eine harte Einschränkung ist, ist für die Gesellschaft ein Problem. Denn die Boomer sind nicht nur viele, sie haben insgesamt zu wenig Kinder bekommen, die das Ganze bezahlen müssen.

Wenn Krankenkassen nun dazu aufrufen, Pflege neu zu denken und stärker auf Ehrenamtliche zu setzen, weiß man, was die Stunde schlägt: Das Geld wird knapp. Gewiss ist es eine gute Sache für beide Seiten, wenn sich rüstige Senioren um Nachbarn oder Verwandte kümmern, sie beim Einkauf oder Arztbesuch unterstützen. Doch bei höheren Pflegegraden kann man das System nicht auf Ehrenamtler bauen. Es rächt sich nun, dass einst Sozialminister Norbert Blüm die Pflegeversicherung so einseitig aufstellte. Ohne die hektisch vorgenommene Erhöhung des Beitrags hätte den Pflegekassen im Frühjahr die Zahlungsunfähigkeit gedroht. Auch Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach hat bislang nichts Substanzielles geliefert, um den Beitragsschub aufzuhalten. Nun wird er sich mit dem Ende der Ampelkoalition herausreden.

Zu den Finanzproblemen kommt der Fachkräftemangel hinzu. Der Einsatz von Pflegekräften aus dem Ausland scheitert oft an den Ausländerämtern. Die nächste Bundesregierung erbt in der Pflege eine riesige Baustelle, die sie rasch angehen muss.

## Eifrige Ermittler, träge Banken

VON CHRISTIAN SCHWERDTFEGER

Als vor gut zehn Jahren die brandgefährliche Serie von Geldautomatensprengungen in Nordrhein-Westfalen begann, dürften selbst die erfahrensten Ermittler nicht damit gerechnet haben, auch noch ein Jahrzehnt später mit diesem Kriminalitätsphänomen zu tun zu haben. Doch jetzt scheint sich endlich eine wirkliche Trendwende abzuzeichnen. Denn erstmals ist die Zahl der Taten in diesem Jahr signifikant zurückgegangen – und zwar deutlich, von 152 im Vorjahr auf 39, mehr als 100 Sprengungen weniger also.

Das ist kein Zufall, sondern Ergebnis intensiver und nicht nachlassender Ermittlungsarbeit der nordrhein-westfälischen Strafverfolgungsbehörden – allen voran der Ermittlungskommission „EK Heat“ des Landeskriminalamtes, deren Fahnder von Beginn an starken Druck auf die Kriminellen ausübten und unzählige Stunden mit nächtlicher Observationen zubrachten, sowie der später eingesetzten und beim Landesinnenministerium angedockten „EK Begas“, die frische Impulse setzte und mit ihrer Arbeit entscheidende Stellen miteinander verzahnte.

Während die NRW-Sicherheitsbehörden so ziemlich alles in ihrer Macht Stehende unternommen haben, um die Sprengungen einzudämmen, haben das bei Weitem nicht alle Banken getan. Erst allmählich setzte ein Umdenken in der Branche ein. Denn entscheidend für den Rückgang ist die veränderte Haltung vieler Geldinstitute, die endlich ihre Automaten besser sichern – wie mit Farbpatronen und Nebelmaschinen – und an neuralgischen Punkten Geräte abgebaut haben. Wie es übrigens niederländische Geldinstitute schon vor mehr als zehn Jahren getan haben, um dieses Kriminalitätsphänomen erfolgreich und langfristig einzudämmen. Denn erst als die Kriminellen im Nachbarland kaum noch Beute an den Geldautomaten machen konnten, kamen sie nach NRW herüber.



KARIKATUR: KLAUS STUTTMANN

**ANALYSE** Seit einem Jahr ist Javier Milei Präsident Argentiniens. Seine Versprechen waren radikal, seine Sprache ist rabiat. Er hat mit dem Gelddrucken aufgehört und erste Erfolge vorzuweisen. Doch das Vertrauen ist brüchig.

## Ein Land auf Entzug

VON TOBIAS KÄUFER, BUENOS AIRES

Inzwischen sind die drei legendären Worte auf T-Shirts gedruckt, auf Kappen verewigt und auf Häuserwände gesprüht: „No hay plata“ – „es gibt kein Geld“. Ausgesprochen von Javier Milei, dem argentinischen Präsidenten, vor einem Jahr bei seinem Amtsantritt in Buenos Aires. Ein Haushaltskonzept, das auf jeden Bierdeckel passen würde, aber doch einen radikalen Kurswechsel beschreibt.

Der libertäre Präsident mit der Lederjacke, Rocker-Attitüde und Wuschelfrisur hat sein Heimatland auf Entzug gesetzt. Jahrzehntlang haben linksnationale Regierungen auf die Methode Gelddrucken gesetzt und damit eine Inflation erzeugt, die die Menschen schier erdrückte. Wer keine Dollars hatte, um sie auf dem Schwarzmarkt gegen billige Pesos zu tauschen, war verloren. Dann hat Milei den Argentinern den „Stoff“ entzogen, die Druckmaschine abgestellt. Es wurden die Hälfte der Ministerien geschlossen, Subventionen gestrichen, Zehntausende aus dem Staatsapparat entlassen. Nun gilt: Es wird nicht mehr ausgegeben als eingenommen.

Inzwischen hat der „Dollar Blue“, wie der Schwarzmarktdollar heißt, mit dem offiziellen Wechselkurs gleichgezogen. Das bedeutet, dass es für Dollarbesitzer nun erst mal keinen Sinn mehr ergibt, das Geld inoffiziell zu tauschen. Bleibt das so, würde das bedeuten, dass die Zeit der Parallelwährung vorbei wäre. Doch die meisten Argentinier sind abwartend – zu frisch sind die Nachrichten, zu fragil ist das Vertrauen in die zarte wirtschaftliche Erholung. Kurze Zeiten des Aufschwungs haben die Argentinier immer wieder mal erlebt. Die spannende Frage ist, wie nachhaltig die von Milei angestoßene Entwicklung ist. „Die Rezession ist vorbei“, sagt er selbst: „Jetzt beginnt die Zeit der Erholung.“

Das sagen auch die Marktbeobachter der Investmentbank JP Morgan, aber behalten sie auch recht?

Die ökonomischen Kennziffern sind bemerkenswert (siehe Infokasten). Aber es gibt viele Verlierer des knallharten Sparkurses. Zu denen gehören die Rentner, die indirekt Kürzungen hinnehmen mussten. Immer mittwochs um 15 Uhr wird vor dem Kongress demonstriert. Aber es sind weniger Teilnehmer geworden. Immer wieder mal gibt es Proteste und Aufrufe zu Generalstreiks, aber die einst so mächtigen Gewerkschaften spüren den Machtverlust, liefern sich interne Grabenkämpfe, genau wie die Opposition.

Die Kritiker fordern von Milei, dessen Markenzeichen, die symbolische „Kettensäge“, nicht bei den Sozialleistungen anzusetzen. „Er hat versprochen, es treffe nur die Kaste, nicht die einfachen Menschen“, sagen etwa zwei protestierende Rentnerinnen. Tatsächlich hatte Milei vor gut einem Jahr angekündigt, es werde vor allem die politischen Kräfte und ihre Unterstützer treffen, die für das argentinische Schuldendesaster verantwortlich seien. Die nennt er „Kaste“. Doch die tatsächlichen Auswirkungen der Kürzungspolitik spüren entgegen allen Versprechen die Armen und die Mittelschicht.

In der Wirtschaft aber ist Aufbruchstimmung zu spüren: „Die Inflation ist gefühlt zu Ende. Die Wirtschaftsmaßnahmen, darunter die Aufhebung von unnötigen Regulierungen, beginnen zu greifen, und die Wirtschaft kommt ins Rollen. Viele Firmen stellen neue Fachkräfte ein und mieten neue Büros und Arbeitsflächen an. Wir selbst vermieten Büroflächen in Mendoza und haben jeden Tag Anfragen von potenziellen Mietern“, sagt Andreas Vollmer, der seit 25 Jahren in der Weinmetropole Mendoza lebt und Deutschland zudem als Honorarkonsul vertritt, im Gespräch mit unserer Redaktion.

„Als Zwischenbilanz nach einem Jahr Präsidentschaft Javier Milei können wir wichtige Erfolge bei der wirtschaftlichen Stabilisierung feststellen, insbesondere bei der Bekämpfung der Inflation und Verschuldung. Entscheidend wird jetzt sein, durch eine Liberalisierung der Außenwirtschaft ausländische Investitionen zu erleichtern, damit sich die wirtschaftliche Lage verbessert. Hierauf sollte der Fokus der Arbeit der

Regierung liegen“, sagt Hans-Dieter Holtzmann von FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung in Buenos Aires.

Der libertäre Milei verfolgt den Ansatz „So wenig Staat und Regulierung wie möglich“, sagt aber auch Nein zu Genderpolitik und Schwangerschaftsabbrüchen. „Der Kulturkampf auf internationaler und nationaler Ebene kostet nur unnötig politische Energie und erschwert gerade auch für Investitionen erforderliches Vertrauen im Ausland“, sagt Holtzmann. Anfang Dezember veröffentlichte die größte Zeitung des Landes, die konservativ ausgerichtete „Clarín“, allerdings eine Umfrage, deren Ergebnis sie selbst „unerwartet“ nannte. Demnach liegt Mileis libertäre „La Libertad Avanza“ deutlich vor allen anderen, die tektonische Verschiebung der Kräfte ist in vollem Gange.

Mileis Anfangerfolge in der Wirtschaftspolitik sind eine Sache, der angesprochene Kulturkampf ist eine andere. Vor allem die Studenten wehren sich gegen Kürzungen im Bildungswesen. Entlang der großen Universitäten sind Graffiti aufgesprüht und Plakate aufgeklebt. „Fuera Milei“ („Milei raus“) steht darauf. Argentinien Universitäten sind kostenfrei, auch für Ausländer. Das will Milei ändern. Ausländer sollen künftig zahlen. Viele befürchten, das Studium werde mittelfristig zu einem Privileg der Besserverdienenden.

Doch es gibt Überraschungen. Wie in der Galerías Bond Street, einer Art Einkaufszentrum der alternativen Szene: Lederjacken, Marihuana-Equipment und Gothic Style. Selbst hier gibt es Milei-Unterstützer, auch wenn sie sich nicht aus der Deckung wagen. „Wissen Sie, wenn ich dazu etwas sage, könnte ich einen Teil meiner Kunden verärgern“, sagt ein Ladenbesitzer. Um dann doch mit Blick auf die Lederjacken- und Rockstar-Attitüde des Präsidenten zu sagen: „Im Grunde ist der doch einer von uns.“ Gegenüber hat einer den Leitspruch Mileis samt dessen Foto an die Ladentür geklebt: „No hay plata – die günstigsten Preise gibt es hier.“

### INFO

#### Licht und Schatten in Mileis Bilanz

**Aufschwung** Innerhalb des ersten Amtsjahres hat Javier Milei die Inflation von 25 auf 2,9 Prozent gesenkt, elf Monate in Folge Haushaltsüberschüsse erwirtschaftet und eine „Energiewende“ hingelegt: Erstmals steht am Ende des Jahres ein Überschuss von 4,3 Milliarden US-Dollar in der Energie-Handelsbilanz. Bis 2030 könnten es 30 Milliarden Dollar sein. Sein Vorgänger Alberto Fernández war daran allerdings mit dem Bau einer Pipeline vom Öl- und Gasfeld Vaca Muerta nicht unbeteiligt.

**Krise** Zugleich rutschten weitere zehn Prozent der Menschen unter die Armutschwelle – jetzt sind es 50 Prozent der Bevölkerung: die Kollateralschäden der „Kettensägen-Methode“ und ein enormes Konfliktpotenzial.



Argentiniens Präsident Javier Milei bei einem Termin im Mai. FOTO: AP

### WISSENSDRANG

Als Robert Habeck auf X seine Kanzlerkandidatur bekannt gab, kündigte er „ein Angebot an, das auf Zuhören setzt“. Wäre die Formulierung nicht so verschwurbelt, könnte man meinen, sie beschreibe eine Trivialität: dass Politiker sich über die Auswirkungen politischer Maßnahmen auf verschiedene Gruppen informieren und deren Interessen angemessen berücksichtigen sollten. Doch der Neusprech lässt befürchten, dass es hier nicht nur um das rechtzeitige Erkennen möglicher Hindernisse und Folgeprobleme politischer Maßnahmen geht. Sondern um die derzeit modische Verwechslung von Politik und Therapie. Der „Beziehungsaufbau zwischen Politik und Bürgern scheint in Deutschland gestört zu sein“ liest man in ei-

## Politiker als Therapeuten

Aktives Zuhören ist eine gute Sache, löst aber noch nicht die Probleme des Landes.



MARIA-SIBYLLA LOTTER

nem einschlägigen Journal: „Dabei ist es eine Mär zu glauben, dass die Bürger sofort eine politische Lösung wollen. Sie wollen vor allem gehört und verstanden werden.“ Was in der Paartherapie funktioniert, muss doch auch in der Politik funktionieren, oder? Das Konzept des aktiven, einfühlsamen Zuhörens wurde einst von dem amerikanischen Psychologen Carl Rogers entwickelt, um persönliche Beziehungen aufzubauen. Die Suche nach politischen Strategien zur Lösung wirtschaftlicher Probleme und Interessenkonflikte erfordert jedoch eine andere Aufmerksamkeit als Kränkungen. Zuhören ist zwar auch in der Politik notwendig, aber vor allem als Mittel der Informationsbeschaffung und als eine Weise, die Bürger an der Entscheidungsfindung zu beteiligen.

Die Historiker Svenja Goltermann und Philipp Sarasin nannten das neue Geschwurbel von Zuhören als „hegemonialen Polit-Kitsch unserer Tage“. Kitsch, weil es sentimentale Scheinlösungen suggeriert: die Illusion, gesellschaftliche Spannungen hätten ihre Ursache im Gefühl des Nichtgehörtwerdens, der Nichtanerkennung – und die unterschiedlichen gesellschaftlichen Interessen könnten durch Zuhören miteinander versöhnt werden. Im Umgang mit dauergekränkten Lebenspartnern mag das hilfreich sein, in der Politik ist es Eskapismus.

Unsere Autorin ist Philosophie-Professorin an der Ruhr-Universität Bochum. Sie wechselt sich hier mit der Pflanzenbiologin Petra Bauer und der Biochemikerin Birgit Strodel ab.